

Steirisches Jahrbuch für Politik 2013

Herausgegeben von
Beatrix Karl
Wolfgang Mantl
Klaus Poier
Anita Prettenthaler-Ziegerhofer
Manfred Prisching
Bernd Schilcher



2014

BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN WEIMAR

Klärendes (und Subjektives) zur Spionage- und Geheimdienstaffäre Edward Snowden

Sex sells, Spionage auch, denn wie sonst wäre es erklärbar, dass wir uns seit Juni 2013 mit Edward Snowden herumplagen. Geheimdienste faszinieren die Menschen, jedenfalls in Österreich, und in der Tat, es ist ein altes Geschäft, vermutlich das zweitälteste Gewerbe, und irgendwie sind wir ja doch selbst alle kleine Spione, in näherer und weiterer Alltagsumgebung. Trotzdem, bisher konnten uns Spionageaffären medial höchstens ein paar Tage beschäftigen; bei Snowden sind es zum gegenwärtigen Zeitpunkt schon fast zehn Monate. Und das, obwohl uns dieser junge Mann, wohl eher Überläufer als Whistleblower, im Grundduktus Dinge erzählt, die schon seit über dreißig Jahren in einschlägigen Büchern nachlesbar sind.

Verblüffend aber ist die eklatante Unwissenheit, Naivität und Realitätsferne in Sachen Nachrichten- und Geheimdienste vor allem der Politiker dieses Landes, nicht viel weniger auch der meisten Medienverantwortlichen. Da entblödet sich doch eine nunmehrige Ex-Ministerin nicht, den abgebrühten Amerikanern ein „No-Spy-Agreement“ entlocken zu wollen. Abgesehen von einer offensichtlichen Fremdsprachenschwäche, denn es müsste wohl eher ein „No Spying“-Abkommen werden, zeigt dieses Beispiel ein geradezu kindliches Verständnis von internationaler Politik, und das bei fast allen politischen Funktionären quer durch das österreichische Parteienspektrum. Die parlamentarische Debatte zur Snowden-Affäre am 21. November 2013 war denn auch eine maßlose Enttäuschung. Hintergrundwissen über die legitimen Tätigkeiten von Nachrichten- und Geheimdiensten konnte man bei über 20 RednerInnen in Ansätzen bei höchstens einer Handvoll VolksvertreterInnen entdecken. Glaubt wirklich jemand in dieser Politklasse, dass Spionage im Rahmen der Verfolgung nationaler wie internationaler Interessen durch Lamentieren, Moralisieren und Anschuldigen beeinflusst oder gar verboten werden kann? In Washington hat man darüber auch lange genug nur geschmunzelt. Viel ist dort seither nicht passiert; die sogenannte „Snowden-Affäre“ wird mittel- und langfristig ohne größere Bedeutung bleiben.

Im Kern geht es heute doch um Sicherheit, ohne die es, wie schon Wilhelm von Humboldt wusste, keine Freiheit geben kann, und zwar um Sicherheit des Einzelnen, des Staates und auch der Staatengemeinschaft. Zu diesem Zwecke, aber auch anderen,

haben Machthaber und Machteliten schon seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert die Institution Staat geschaffen, und Machiavellis „lo stato“ ist vielleicht als die nachhaltigste Idee des modernen Menschen zu sehen. Dieser frühneuzeitliche Staat wurde seither kontinuierlich weiterentwickelt, als wichtigstes Instrument der Schaffung von Sicherheit durch legitimierte Gewaltanwendung, zum Nutzen und Vorteil einer wachsenden Allgemeinheit, aber auch der sich seit dem 17. Jahrhundert herausbildenden Staatengemeinschaft. Dieser Prozess lief im Wesentlichen über Innovation geeigneter sicherheitspolitischer Mittel, in der Regel militärischer, über Konstitution geordneter Maßnahmen und über Legitimation durch einsichtige Ordnung ab. Er mündete in den heute längst globalen Durchbruch des Nationalstaates, der Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzte. Seine wenigstens partielle Überwindung wird mit dem Ende des Kalten Krieges ab 1989/91 angesetzt. Seither befinden wir uns im Übergang zum „Marktstaat“ (so der Terminus des in Europa vielfach unbeachteten US-Sozialwissenschaftlers Philip Bobbitt), der dem Machtgefüge des Einzelstaates deutlich zusetzt und die alten Verhaltensmuster der Gesellschaft von Staaten zunehmend in Frage stellt.

Was hat das mit dem sogenannten NSA-Skandal der letzten Monate zu tun? Viel, denn die Übergangswehen vom National- zum Marktstaat, wie er sich in fast allen „fortschrittlichen“ Gesellschaften manifestiert, überfordern die Politeliten nicht weniger als die Analytiker dieses Prozesses. Diese Veränderungen haben aber auch zu einem stetig zunehmenden Misstrauen gegenüber dem Staat, nicht weniger gegenüber dem bestehenden Staatensystem geführt. Die Snowden-Affäre bietet dafür hervorragendes Anschauungsmaterial. Sie beweise, so wird argumentiert, dass der Staat, und insbesondere die einzig verbliebene Ordnungsmacht der Welt, die USA, ob der Tendenz zur (totalen) Überwachung noch immer übermächtig sei. Zugleich mit dieser Kritik verlangen wir jedoch jeden erdenklichen staatlichen Schutz für die Gemeinschaft wie auch für den einzelnen Bürger. In Erfüllung dieser vielleicht verständlichen, jedoch oft unvernünftigen Erwartungen hat sich spätestens seit Ende des Zweiten Weltkriegs der nationale Sicherheitsstaat entwickelt, was zum sukzessiven Ausbau eines ausdifferenzierten Sicherheitsapparates, insbesondere im Bereich von geheim- und nachrichtendienstlichen Einrichtungen, führte, in Demokratien wie in Diktaturen. Wir kennen die Beispiele, insbesondere seit dem Ausbruch des Kalten Krieges.

Im Falle der NSA liegt allerdings ein Missverständnis vor, denn sie kann mit Sicherheit nicht an einer totalen Überwachung der globalen Bevölkerung von heute über sieben Milliarden Menschen interessiert sein, noch weniger an einem gesetzlich weitgehend verbotenen Monitoring der eigenen Bevölkerung, sondern vielmehr an der legitimen Wahrnehmung von Gefährdungen, der eigenstaatlichen wie auch der globalen. Nur die Amerikaner sind dazu wirklich fähig, wenngleich auch sie auf Kooperationen angewiesen sind, bisweilen sogar mit österreichischen Partnern. Es macht eben einen Unterschied, ob westliche Demokratien lauschen, spähen und spitzeln, um Terrorismus, organisierter

Kriminalität oder internationalem Drogenhandel auf die Spur zu kommen, oder ob es, wie im Falle von autoritären Regimen, vordringlich darum geht, Widerspruch und Widerstand im eigenen Staat zu verhindern. Wenn in ersteren Missgriffe und Missbrauch vorkommen, werden sie in aller Regel entdeckt und über gesetzliche Maßnahmen auch abgestellt. Dafür gibt es untrügliche historische Beispiele, mindestens seit der Vietnam/Watergate Ära, gerade in Amerika.

Viele der, wie mir scheinen will, künstlich und populistisch empörten Kritiker der NSA gerieren sich wider besser mögliches Wissen gegen die Kapazität von technologisch immer potenter ausgestatteten Diensten, geben jedoch gleichzeitig höchst persönliche und oft auch intime Informationen über neue soziale Medien wie Facebook weiter oder setzen sich bedenkenlos und bereitwillig der finanziellen Durchleuchtung durch E-Banking aus. Ich jedoch behaupte, demokratische Geheimdienste überwachen in aller Realität nicht den Bürger schlechthin, sondern interessieren sich für ihn nur, wenn er sich kriminell, terroristisch oder politisch extremistisch verhält. Mehr kann selbst die mächtige und geradezu als diabolisch hingestellte Institution NSA angesichts der globalen Informationsflut gar nicht leisten.

Ich für meinen Teil fürchte nicht um die Beschneidung meiner Menschen- und Freiheitsrechte, egal ob ich mich in Österreich oder, was regelmäßig vorkommt, in den USA aufhalte. Meine Telefonate und E-Mails interessieren weder in Fort Meade bei Washington noch in Cheltenham bei London. Ich bestehe auch nicht auf 100-prozentige Privatheit meiner Lebensumstände, nicht einmal als Facebook-Verweigerer, wenn ich im Gegenzug ohne Angst vor gewalttätiger Kriminalität oder terroristischen Anschlägen durch Graz oder Boston spazieren kann. Erst dieses Sicherheitsgefühl verbessert meine Lebensqualität, egal ob die dafür nötigen staatlichen Einrichtungen von einem kleinen Nationalstaat, von einem mittleren Marktstaat oder von einer Hypermacht wie Amerika unterhalten werden.

Was nun die Monate seit Aufbrechen des Sonderfalles Snowden betrifft: sie wurden die Saison der Empörungskünstler, Schaumschläger und vor allem der Amerika-Basher. Es könnte sich jedoch erweisen, dass wir ihm alle auf den Leim gegangen sind, und dass er lediglich das größte PR-Genie seit langem ist, so etwa in der Größenordnung des Herostratos, dem es bekanntlich um Brandstiftung, Ruhm und größtmögliche Beachtung ging. Snowden ist zu einer Art Brandstifter in den Beziehungen der USA zu Europa und dem Rest der Welt geworden. Sein Agieren hat erkennbares System: Er präsentiert uns Informationen in unbelegten Happen und auf Dauer ausgelegt, im Schnitt einmal die Woche und das jetzt schon viele Monate lang. Im Mindesten aber ist er ein Überläufer neuen Typs, denn er ist mitnichten ein Whistleblower; dafür hätte er sich für Reform und Korrektur im kritisierten System einsetzen müssen, etwa im Stile von Thomas Drake, der mit ähnlicher Empörung und Argumentation immerhin dieses Prädikat verdient. Wir wissen noch immer viel zu wenig über die wahren Motive des in Europa und mit besonderer Inbrunst in Österreich Gefeierten. Es gilt weiterhin zu bedenken, dass er als Flüchtländer

China und Russland auswählte, die potentesten Konkurrenten der USA. Es gibt Hinweise, dass er seinen „Verrat“ (im doppelten Sinne) schon vor seiner Einstellung bei Booz Allen & Hamilton, der langjährigen Zulieferfirma von NSA und CIA, geplant hat und nicht erst aus Entsetzen über Erlebtes und Erkanntes auf dem NSA-Stützpunkt in Hawaii.

Wie auch immer, populistische Forderungen nach Asylgewährung, ja nach Sondergenehmigung für Einbürgerung kommen nicht nur von links, rechts und alternativ, sondern sogar von Caritasdirektoren, Schauspielintendanten und Chefredakteuren. Ihnen allen scheint die völlige Unkenntnis von Geschichte der Spionage gemeinsam. Ich verwende dafür lieber das englische Wort „intelligence“, denn es umfasst mehr, vor allem jedoch die Aufgabenstellungen des nationalen Sicherheitsstaates, wie er sich im Laufe des 20. Jahrhunderts entwickelt hat. Das 21. Jahrhundert könnte sich als gänzlich im Zeichen von intelligence stehend erweisen, ganz so wie die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts hinsichtlich der Atombombe. Es handelt sich bei unserem Thema also um etwas ganz Gewichtiges.

Spionage, Nachrichten- und Geheimdienste sind Realität, da nützt kein Jammern und kein Drohen. Als organisierte und kontinuierliche staatliche Tätigkeit existiert Spionage erst seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Sie wurde und wird von allen Staaten, groß oder klein, betrieben, und die heute so beschimpften Amerikaner haben sich dafür übrigens erst deutlich später interessiert als die Europäer. Zugegeben, die Historiker, aber auch andere Wissenschaftler, haben sich der modernen Spionage erst seit Anfang der 1980er Jahre gewidmet, heute allerdings gibt es dazu eine stattliche internationale Literatur, auch über die 1952 begründete NSA. Was uns Herr Snowden seit Monaten über seine diversen PR-Mitarbeiter, hauptsächlich Journalisten, erzählt, ist also höchstens im rezenten Detail neu, nicht im Duktus. Der langjährige NSA-Aufdecker James Bamford, ein US-Journalist, hat über die NSA über den Zeitraum 1982 bis 2008 bereits vier US-Bestseller veröffentlicht. Sie wurden in mehrere Sprachen, darunter auch ins Deutsche übersetzt. Er wird wohl heute am fünften Buch schreiben. Dass die NSA, so wie andere Geheimdienste auch, ausländische Regierungen, Politiker und Bürger überwacht, hätte also nicht gerade eine Sensation sein müssen. Dass sie es mit den modernsten technologischen Mitteln tun kann und mit Unterstützung einschlägiger Konzerne, aber auch verbündeter Partner, hätte auch nicht unbedingt überraschen sollen. Die Konsequenz, mit der Washington diese hauptsächlichlichen Aufgaben seiner globalen Sicherheits- und Interessenspolitik betreibt, lässt sich aus historischer Erfahrung ableiten. Es genügen im Wesentlichen drei Verweise: auf die heute in Europa kaum noch wahrgenommene Katastrophe des amerikanischen Bürgerkriegs, der Geburtsstunde des militärischen Kundenschaftswesens; auf den Schock von Pearl Harbor im Dezember 1941 durch die Japaner und auf das Trauma 11. September 2001 durch Al Qaida. Die Letzteren wurden als hochgradige Geheimdienstversagen entlarvt. Ähnliches musste in Zukunft verhindert werden; die zivile CIA und die militärische NSA, zusammen mit der Defence Intelligence Agency (DIA) und dem FBI, stehen seither unter erhöhter Verantwortung und unter unsäglichem

Erfolgsdruck. Der Kongress stellte jeweils die Mittel bereit, im Zweiten Weltkrieg, im Kalten Krieg und vor allem auch im Krieg gegen den Terror. Aus dem noch im Kalten Krieg entwickelten Programm „Echelon“ wurden „Prism“, das britische „Tempora“ und andere Initiativen, die sich zusehends auf das Internet und Internet-Provider ausdehnten; vor allem aber wurde die US Intelligence Community, also das gesamte geheim- und nachrichtendienstliche US-System von mindestens sechzehn unterschiedlichen Organisationen, einer koordinierenden Leitung unterstellt, dem Director of National Intelligence.

Man kann wohl davon ausgehen, dass sich in Amerika sowohl das gesamte intelligence budget als auch das dazugehörige Personal seit 2002 verdreifacht haben. Und die parlamentarische Kontrolle der Dienste wurde im Gefolge von 9/11 deutlich gelockert. Für jede geheimdienstliche Tätigkeit gibt es dennoch spätestens seit den mittleren 1970er Jahren gesetzliche Grundlagen. Heute sind dies vor allem der Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA), der Federal Information Security Management Act aus 2002 und natürlich die Patriot Acts aus 2001, mit späteren Fassungen, und immer noch der Privacy Act aus 1972 und der Espionage Act aus 1917. Schon seit 2002 ist bekannt, dass die NSA den gesamten Telefon- und Internetverkehr zu überwachen imstande ist, es von der Verarbeitungs-, Sprachen- und Analysekapazität her jedoch nicht schafft(e), die rund zwei Milliarden Telefon- und Internetaktionen täglich direkt auszuwerten, sondern lediglich mittels ausgefeilter Computersoftware verdächtige Kommunikationsinhalte auszuwerfen und den Analyse-Stäben zuzuleiten. Im Wesentlichen geht es um die berühmte Watchlist TIDE (Terrorist Identities Datamart Environment), die laut Bamford täglich um etwa eintausend Namen wächst und wovon z.B. 2007 immerhin 27.000 Namen wieder entfernt wurden. Nach meinen Schätzungen bewegt sich daher die Zahl der weltweit kontinuierlich beobachteten Zielpersonen in den mittleren Zehntausenden und die Zahl der irgendwie registrierten Globalbürger in den mittleren Hunderttausenden, bei einer Erdbevölkerung von wohlgeachtet ca. sieben Milliarden Menschen. Die Wahrscheinlichkeit, irgendwie registriert und dann noch belauscht oder „vermonitort“ zu werden, ist daher verschwindend gering, es sei denn, man fällt in einem kriminellen oder gar terroristischen Kontext auf. Hier wird allseits bewusst übertrieben sowie Angst und Hetze erzeugt, so als ob jede(r) alltäglich und realiter betroffen wäre. In Wirklichkeit geht es um die sprichwörtliche Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Um sie zu finden, muss der gesamte in Betracht kommende Heustadel abgesucht werden. Von daher stammt die fatale und auf Dauer kaum bewältig- und finanzierbare Notwendigkeit, alle Informationen zumindest eine gewisse Zeit lang aufzubewahren. Die Datenmenge, die die NSA bis heute insgesamt generiert hat, ist längst astronomisch geworden. Sie dürfte bereits im Bereich von Exabytes liegen (zur wenigstens mathematischen Veranschaulichung: Ein Exabyte sind 1.000.000.000.000.000 Bytes). Ein Fünftel eines Exabytes entspricht in etwa allen weltweit jemals gedruckten Materialien. Die NSA wird daher die sündteure Hardware zurückführen und durch verbesserte Software ersetzen bzw. ergänzen müssen, um mittelfristig die Balance zwischen

Funktionalität und Finanzierbarkeit einigermaßen erhalten zu können. Es werden also eher wirtschaftliche denn exogene, NSA-kritische Einwirkungen zu einem vernünftigen Umdenken führen (müssen). Es liegt daher auf der Hand, dass die entscheidenden Probleme aus der Sicht der NSA-Verantwortlichen einerseits die möglichst rasche Auswertung relevanter Informationen und andererseits deren zeitgerechte Weiterleitung an die betroffenen Entscheidungsträger sind.

Somit ist zusammenfassend festzuhalten, dass es seit über dreißig Jahren gesicherte und offen gehandelte Informationen über das Ausmaß der Monitoring-Kapazitäten und Abhörmaßnahmen von Nachrichten- und Geheimdiensten gibt und diese in periodischen Abständen sowohl in Amerika als auch in Europa (siehe Echelon-Berichte des Europäischen Parlaments aus 1999) öffentlich diskutiert und kritisiert wurden und werden. Schon alleine aus diesem Titel ist die Aufregung der letzten Monate unverständlich, ja verdächtig. Vor allem aber hat sich der Unmut und Groll der Weltbürger fast ausschließlich gegen die USA gerichtet, wenngleich bekannt und evident ist, dass praktisch alle größeren und daher potenteren europäischen Mächte wie Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und sogar Spanien NSA-ähnliche Aktivitäten setzen und darin auch heftig kooperieren. Auch das mittelgroße Österreich spielt mit und profitiert von den Hinweisen auf Gefährdung der Sicherheit im Lande selbst und im näheren Umkreis, ohne auf Regierungsebene den Mut zu zeigen, dies auch offen zuzugeben. Es ist eine gespielte, verlogene Ahnungslosigkeit, die dem Bürger hier vorgegaukelt wird. Die Wahrheit ist vielmehr, gegen die NSA und das GCHQ ist eine effektive Gegenwehr kaum möglich und aus Gründen der Maximierung von Sicherheit nicht einmal sinnvoll.

Denn im 21. Jahrhundert, der Ära des internetgetriebenen Terrorismus und der transnational organisierten Kriminalität, wird Sicherheit nicht ohne eine gewisse Einschränkung der individuellen Privatsphäre und des persönlichen Datenschutzes erreichbar sein. Das Allermeiste, das NSA und GCHQ unternehmen, ist nach nationalen Gesetzen gedeckt. International anerkannte Gesetze zu Spionage gibt es (noch) nicht, ergo auch keine ethisch verpflichtenden Standards. Ohne Zweifel sind Geheimdienste, auch historisch betrachtet, besonders missbrauchsanfällig und könnten zu einer Gefahr für die Demokratie werden, ließe man sie ohne Kontrolle gewähren. Snowden, Drake und andere haben auf Missbrauch im amerikanischen Geheimdienstwesen hingewiesen. Korruption aber gibt es auch anderswo, für den Bürger durchaus erkennbar, in Politik, Verwaltung, Polizei und selbst im Alltag. Dagegen ist überall einzuschreiten, und die Snowden-Affäre hat dafür die Sensibilität deutlich gesteigert. Es gilt daher Kontrollinstanzen auszubauen und Kontrollmechanismen zu verfeinern, jedoch nach ehrlicher und realistischer Betrachtung und offener Analyse, nicht mit populistischen Floskeln und naiver Voreingenommenheit. Insgesamt zielführender erscheint mir da schon die späte Erkenntnis einiger deutscher Parlamentarier, die jüngst als Fazit aus der Snowden-Affäre eine verstärkte europäische Spionage gegenüber den USA einforderten.